

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Vordales und Provinzialteil Carl Wendemuth, für die Inzerate Rudolf Kohnst, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Sillge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königlitz. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 M. ohne Bekleidgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr: Die Gepl. Kolonellstraße 20 Pfennig, Inzerate o. auswärtig 25 Pfennig, im Reklameteil 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 150.

Halle, Mittwoch den 3. Juli 1918.

2. Jahrgang.

Friedensgerichte.

Die Wasser Nationalzeitung bringt das Gerücht, daß hochgestellte deutsche und englische Persönlichkeiten in der Schweiz ein getroffen seien, um in der Friedensfrage Fühlung zu nehmen. Die sehr hoch gestellten Persönlichkeiten hätten mit kleinem Gefolge Basel besucht. Was daran wahr sei, wisse man nicht. Dagegen, sagt das Blatt hinzu, steht fest, daß vergangenes Donnerstag unter dem Namen eines hervorragenden englischen Diplomaten ein Vertreter der englischen Politik in Basel anwesend war, um seinen Heim zu befördernden Kandidaten einen Besuch abzustatten.

In Paris geht jetzt seit einigen Tagen das Gerücht um, König Alfonso von Spanien befinde sich in der französischen Hauptstadt, um die Friedensbedingungen zu besprechen. Deshalb habe die Beschießung durch die weittragenden Geschütze ausgesetzt. Auch erstere Blätter, wie Journal haben von dem Gerücht Kenntnis genommen.

Das Neue Wiener Abendblatt bestätigt in einer Information von hervorragender katholischer Seite, daß mit einer neuen päpstlichen Friedensvermittlung zu rechnen sei. Auch in Frankreich liegen einwandfreie Meldungen vor, daß man sich mit dem Gedanken einer päpstlichen Vermittlung zu beschäftigen beginnt.

Die letzte Nachricht wird nach einer Münchner Meldung des Berliner Tageblattes für unwahrscheinlich erklärt. Auch

die anderen Nachrichten sind eben nur Gerüchte. Immerhin ist die Paritätigkeit begründet, mit der derzeitige Gerüchte ununterbrochen aufstehen und in allen kriegsführenden Ländern verbreitet werden dürfen. Daran verläßt sich mindestens das tiefe Friedensbedürfnis, das auch die leitenden Kreise in den feindlichen Ländern immer mehr zu ergreifen anfängt. Es ist bezeichnend, daß diese unerkennbare Richtung von den alliierten Sozialisten so wenig Unterstützung findet.

Die Tägliche Rundschau erzählt aus Wien: Der bekannte Sozialist Komrad hat eine neue Denkschrift, diesmal in Gemeinschaft mit dem Münchner Dr. Luidke und dem Ober-Peter Titularhofrat Farshy verfaßt. Die neue Denkschrift ist an den Generalsekretär der interparlamentarischen Union in Christonia gerichtet und will den Rufus zur Einberufung einer interparlamentarischen Friedenskonferenz geben.

Sanfting Antwort an Kählmann.

Der „Matin“ meldet aus New York: Sanfting erklärte im Ausschuss des Kongresses, die Neben der feindlichen Staatsmänner gäben Amerika keine Veranlassung, von seiner Politik abzuweichen, den Krieg bis zum Siege über den Feind fortzusetzen. Auf eine weitere Anfrage Logges sagte Sanfting, er glaube, daß die Entscheidung in diesem Kriege nicht mehr fern sei und damit auch das Ende des Krieges.

Endlich müssen die Auslandsnachrichten auch verständlich ins Deutsche überetzt werden. Bei den jüngsten Verhandlungen des englischen Arbeiterparlamentes ist stets von „Kündigung des Burgfriedens“ die Rede. Das mag eine notwendige Überetzung sein, aber sie ist in sich widersprüchlich, denn die Aufhebung des Burgfriedens nach deutschen Begriffen wäre natürlich unvereinbar mit dem Beschluß, zugleich auch Arbeitervertreter im Ministerium zu belassen. Der Burgfriede, der dort gekündigt wird, bezieht sich nicht auf einen Abbruch, das seit Kriegsausbruch in England bestand und liberale, konservative und Arbeiterpartei auf Lösung des gegenseitigen Verhältnisses bei Nachwahlen verpflichtete. Mit der Friedensfrage hat die Verstärkung oder Aufhebung dieses Abkommens jedenfalls nur höchst mittelbar zu tun.

Staat und Wirtschaft.

J. K. Die allbritische Kriegskonferenz in London, der Kriegsrat des englischen Mutterlandes mit seinen Selbstverwaltungsbereichen und Kolonien, hat in der vergangenen Woche beschlossen, nach einem Abkommen zwischen dem britischen Reich und seinen Kriegsbündnissen zu streben, durch das die Alliierten sich die Verfügung über die Rohstoffe verschaffen wollen, um sich gegenwärtig in der Überwindung der Kriegswirrkungen zu helfen und ihren industriellen Bedarf sicherzustellen. In dieser Woche tritt in London eine internationalisierte Handelskonferenz zusammen, welche wie der Bericht sagt, den Friedenswirtschaftskrieg gegen Deutschland organisieren soll. Großbritannien, Frankreich, Italien, Serbien, Portugal und das nichtlich „neutrale“ Belgien wollen einen Handelsverband gründen, um gegenwärtigen Schutz und Ersatz in der Rohstoffbeschaffung und im Absatz fertiger Waren. Zum erstmaligen nehmen auch die Vereinigten Staaten an der Beratung teil, vorläufig nicht offiziell.

Stein Eberthvertrag kann die hierin für Deutschland liegende Gefahr bringen. Wir können uns zwar Weisheitsgemäßigkeit und freien Zutritt zu den feindlichen Häfen sichern, wenn wir gesiegt haben; aber wir können nicht sofort gehen, irgendeinen feindlichen Staat zu verbieten, daß er in seinem Gebiet Lagerdepot oder nachfolgenden Rohstoffe in Staatsverwaltung nimmt oder sonstige monopolisiert. Wir können das um so weniger verbieten, als wir ja selbst nach dem Kriege in weitem Umfang mindestens auf einige Jahre die Rationierung fortsetzen müssen, wenn nicht bei Kartoffeln und Brot, dann getreid bei Fleisch und Fett, Leder, Spiritus, Kupfer, Nickel und Gummi. Die Hamburger Freier haben nun jüngst vom Reichstag gefordert, daß nach dem Kriege die Staatsverwaltung in die Wirtschaft aufhöre. Sind sie auch bereit, auf den staatlichen Schutz gegen den organisierten feindlichen Wirtschaftskrieg zu verzichten? Nein, gewiß nicht. Neben ihrem Hebel gegen die Staatswirtschaft betreiben die Hamburger Handelskammer gewissermaßen die Reform des deutschen Auslandsverkehrs. Sie denken also nicht daran, für ihre Lieferverpflichtung auf die Unterordnung der Reichsbehörden und die Hilfe der gesamten Reichsmacht zu verzichten. Nur in inneren Staatsfällen, wo sie die Stärken sind, sollen die breiten Volksmassen gegen ihre Übermacht keinen

Schutz beim Staate finden. Das ist der Sinn ihres Protestes gegen die Staatswirtschaft.

Demgegenüber trifft es sich sehr glücklich, daß ein so hochstehendes kapitalistisches Blatt wie die Frankfurter Zeitung in einer ausgezeichneten Artikelreihe seines Volkswirtschaftlers Arthur Jeller fortfährt, den wahren Sinn der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft gegen alle Verdröhnungen festzustellen. Das ganze System der Kriegswirtschaft, heißt es dort, dieses System von Höchstpreis, Beschlagsnahme und Verteilung, von Beschränkung, Verbot und Erlaubnis hat seine letzte Wurzel darin, daß wir zu wenig hatten. Ihre Werten zu wenig Rohstoffe, wir hatten zu wenig Lebensmittel. Immer noch vor der Wange, die Not, die zur Organisation zwang. Schritt für Schritt kostete man zögernd von dem einen zum andern, nicht aus Leidenschaft für diese Art von „Sozialismus“, sondern weil man mußte. Dabei sind viele Fehler gemacht worden. Aber die Hauptschwäche des Systems liegt doch darin, daß der Geist des Gemeinfinns und der Überbereitschaft nicht lange genug standhielt. Der „Gehobendheit des Volkes“, der Willkür des Kriegsgewinns verdrängte ihn, insbesondere im Hinblick. Trotzdem, auch mit dieser Durchsicht, die freilich nachher von den Beschlüssen erreicht, hat das System unterer Kriegswirtschaft uns bis jetzt ohne die Einleitung unserer Rohstoffe und ohne die Verteilung unserer Lebensmittel hätten wir schon längst schmächtig die Waffen strecken müssen, trotz aller Heldentaten unserer Kämpfer!

Unmenslichkeit wird nun nach dem Kriege noch vielerlei Not und Mangel herrschen, und auch dann wird es notwendig sein, das Gesetz der Kriegswirtschaft gelten zu lassen; daß über die bedrohlich knappen Vorräte nicht der große Geldbeutel unumwunden veräußert, sondern dafür georgt werde, daß zuerst einmal alle einermögen zu leben haben; daß der Unterdruck zwischen Arm und Reich in der Verknappung mit dem Rohstoffen zwar nicht aufgehoben, aber doch einigmaßen zur Entschärfung gemildert wird.

Es sind nationale und soziale Momente, welche die fortwährende platte Aufhebung der staatlichen Wirtschaft und Wiederherstellung des freien Handels zu einer vollständigen Unmöglichkeit machen. Je enger der Wirtschaftskrieg der Feinde uns droht — und je Trostung hat gar nicht ernst genug genommen werden — um so notwendiger bleibt die staatliche Überleitung der Wirtschaft, um Deutschlands Zukunft gegen die Entente zu schützen und in Deutschland die Lebensmöglichkeit der Arbeitermassen gegen die Rücksicht des Kriegsgewinns.

Die internationalisierte parlamentarische Konferenz wurde am Dienstag in der Abgeordnetenkammer des Reichstages eröffnet. Es sind vertreten: England, Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien, Rumänien, Portugal, China, Japan und die Vereinigten Staaten. Das Programm umfaßt die Erörterung der deutschen Wirtschaftsmethoden, um die Vorkriegszeit in der Welt zu erlangen, die Donaufahrt, den Kanalbau und zahlreiche andere Fragen von kommerziellen Interessen.

Am Unterhaus sagte Bonar Law in Erwiderung auf eine Anfrage: Die Frage, wie man besten die Verfügung über wichtige, im britischen Reich erzeugte Rohstoffe zu sichern ist, um die Interessen Englands und seiner Verbündeten während der Zeit des Wiederaufbaues zu sichern, ist von der Reichskriegskonferenz während ihrer gegenwärtigen Sitzung erwogen worden. Sie hat darüber wichtige Beschlüsse gefaßt.

Kritische Lage im Osten.

Ein deutsch-russisches Bündnis?

In einem Kampfaufzug gegen die revolutionsfeindliche Bewegung schreibt die „Zeitschrift“, man habe jetzt Frieden in der Hand, die von den früheren Verbündeten aufhabe gelassen wurden, um Rußland von neuem ins Angeld des Krieges zu fügen und dabei die bürgerliche Revolution herauszuführen. Die Feinde der Revolution, so heißt es, sind nun Angriff vorgegangen: die Lage der Kaiserregierung ist ernst. Sie fordert deshalb alle ihre Kräfte auf, mit allen Mitteln jeden bolschewistischen Versuch von einzelnen oder Gruppen unglücklich zu machen.

Nach einer Meldung aus Helsingfors erörtern die russischen Blätter ernstlich die Notwendigkeit einer Revision der Verträge mit den Alliierten und schlagen offen den Abschluß eines Bündnisvertrages mit Deutschland vor.

Die Londoner Times melden aus Petersburg: Die Regierung hat mehrere Staatsangehörige der Entente wegen Ausredungen gegen die Kommissar von Petersburg ausgewiesen. Der Sonderrepräsentant des schwedischen Telegraphenbureaus in Helsingfors soll in einem dringenden Telegramm mit, daß er von bestehenden Umständen keine Erlaubnis habe, daß seine der Befehl gefaßt werden soll, alle Engländer aus Finnland auszusenden.

Die Promda schreibt, daß eine neue Note Englands an die Alliierten unterwegs sei, in der die russische Regierung von Abgang angefordert wird und die Entlassung der Truppenabteilungen der Alliierten aus Kirgand gefordert wird.

Dem ukrainischen Freirepublik Berlin wird aus Kiew gemeldet: Djamiet Kijowski meldet: Infolge geplanter Operationen der Entente

Auslandsberichterstattung.

Die jüngsten Meldungen über die angebotene Einordnung des Baron Nikolaus geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, mit welcher Vorsicht gegenwärtig alle Pressenmeldungen aus dem Ausland aufgenommen werden müssen. Obwohl zwischen Deutschland und Rußland Frieden besteht und eine deutsche Gesandtschaft in Moskau sich, zeigt sich noch keinerlei Spur eines direkten Nachrichtenverkehrs mit Rußland. Ob die diplomatische Vertretung des Deutschen Reiches in Moskau noch den alten Rezipienten arbeitet, die vor dem Kriege im Schanzen waren und uns so unendlich gehandelt haben, nämlich sich lediglich um die Regierung des anderen Staates zu kümmern und auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit keinerlei Gewicht zu legen, können wir natürlich nicht wissen; vielmehr hat sie sich um die Organisierung eines Nachrichtenbienstes bemüht, und es ist ihr bisher nur noch nicht gelungen. Aber in jedem Falle bleibt festzuhalten, daß alles, was wir aus Rußland erfahren, zunächst über Stockholm kommt und dorthin von echten und rechten Ententeleuten vermittelt wird.

Diese haben ein großes Interesse daran, den Sturz der Bolschewisten als sicher und unmittelbar bevorstehend hinzustellen, weil sie dem Frieden, mit deren Hilfe der Weltkrieg zu Ende sein soll, ein Hindernis zu sein fürchten. Sie wollen ebendies die Bolschewisten als möglichst grausam, gewalttätig und unfähig zur Ordnung hinstellen, auch nach Entfernung des jüdischen getriebenen Heeres, um die gewalttätige Einmischung der Alliierten in Rußlands innere Verhältnisse nachher noch zu einem Dienst an der Demokratie und der Menschlichkeit umzuwandeln zu können. So behauptete jüngst die ganze Entente, alle sozialistischen Gruppen hätten sich anständig von Lenin losgesagt und dieser sei mit seinen Bolschewisten jetzt ganz vereint. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Maxim Gorki, der die Bolschewisten wegen mangelnder unbedingten Verbundenheit oft hart getadelte hat, erklärt jetzt, die Pläne aus ihren Sturz gingen von Konterrevolutionären aus und würden einen Sieg des friedensfeindlichen Ententekapitals bedeuten; man müsse daher trotz aller Vorbehalte gegenwärtig die Bolschewisten unterstützen. Wohlmeinend ist es diesen, sich bis zum Auszug zu halten und damit über die ärgste Hungerszeit hinwegzukommen, braucht es gar nicht als ausgeschlossen zu erscheinen, daß ihre Herrschaft noch längere Zeit dauere.

Ebenso unzuverlässig sind alle Meldungen über Ostien. Zweifellos sind zwischen Japan, England und Amerika allenthalben Antrieben und Kombinationen im Gange. England-Frankreich müssen zweifellos Japans Einmischung, die Vereinigten Staaten nicht; ob Japan selbst große Lust hat, sich in Ostien festzusetzen, ob dazu etwa unter Wilsons Widerspruch oder gegen das Verbot, nach dem Kriege wieder herauszugeben, ist zweifelhaft; vielmehr blickt Japan viel stärker auf Chinas reiche Lande. Jedenfalls aber lassen sich von hier aus zu den einzelnen Absichten dieses Antriebens keine Folgerungen ableiten, da die Kernmeldungen, die allein solche Kunde darüber bringen, offenbar nicht dazu angetan sind, den wirklichen Sachverhalt darzustellen. Was dort von fernem Osten vorgeht, können wir jetzt nicht erfahren; von Moskau oder aus sollte die deutsche Regierung endlich für einen guten Drahtdienst sorgen.

Die Weidelpflege in Wien.

In der Wiener Arbeiterzeitung hat die Frau Hermann Weidert ein Buch des Verfassers Dr. J. G. ...

Amerika.

Der neue Präsident der Republik Columbia.

Am 2. Juli. Nach einer Festsitzung auf Bogota wurde Marco Suarez der frühere Minister des Äußeren zum Präsidenten der Republik Columbia gewählt.

Doppeltes Verfahren bei der Beschlagnahme von Fleischwaren.

In Juidau wurden bei den Fleischhändlern 5000 und 11000 große Schlachtkörper erbeutet. Es sollen nach unferm Juidauer Bericht ...

Der Parteiführer Gen. Richard Weier hat an den Rat der Stadt Juidau, die Gehörmitteln folgende Antwort gegeben: ...

Die Aufführung dieser Maßnahme hat in der Bevölkerung bedeutende Empörung hervorgerufen und wird erstrebenswert ...

- 2. Ist einwandfrei festgestellt, wie die Herren zu diesen Vorwürfen gekommen sind?
3. Sind die Waren beschlagnahmt worden und zu welchen Zwecken sollen sie verwendet werden?
4. Eine genaue Aufzählung aller eingekauferten, ...

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur.

Eine Kreisparteiverammlung für den 6. jüdischen Reichstagswahlkreis (Zwischen-Rand), die in Wolfshappel tagte, beschloß ...

Rohls Nachfolger.

Bei der Reichstagswahl für Wilhelm Rohls im jüdischen Wahlkreis Karlsruhe West wurde Genosse Anton Weismann, Redakteur der Freiburger Volkszeitung, ohne Gegenkandidaten gewählt.

Bezirksparteitag der oberen Rheinprovinz.

Am 27. Juni tagte der Bezirksparteitag der oberen Rheinprovinz. Neben der Bezirkskommission waren ...

In der letzten Nummer des Reichstagswahlkreises für die Rheinprovinz ...

Deutscher Meeresbericht vom 2. Juli.

mit. Großes Hauptquartier, 2. Juli. (Amst.) Deutscher Meeresbericht. Meeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In vielen Stellen der Front keitern starke Feuerüberfälle Unternehmungen des Feindes ein. Sie wurden abgewiesen.

Meeresgruppe Deutscher Kronprinz. Westlich der Dine und südwestlich der Ägäis rege Erkundungstätigkeit.

Leutnant Ullert errang seinen 37. und 38., Leutnant Kroll seinen 28. und 29. Luftsieg.

Die jeztige Zusammenfassung des Reichslages will nicht mehr dem Volkswort entspricht, ...

Landesversammlung des Kreisvereins für das Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Die am Sonnabend und Sonntag in Altenburg abgehaltene Landesversammlung nahm den Bericht über den Stand der Organisation ...

Was einem bei Gericht passieren kann.

Einer der seltensten Quittfälle, die wohl niemals vorgefallen sind, liegt uns in atemberaubender Darstellung vor.

Die Frau glaubt beweisen zu können, daß das Urteil auf falscher Grundlage beruhe, ...

Am 1. August erhält Frau G. das Urteil der Strafkammer. Die Strafkammer hat nämlich nicht gewußt, ...

Die Verwertung der Verfügung ist erfolgt, weil die Angeklagte ...

Wie, das Gericht sich selbst ein, daß der Angeklagten ...

Aus aller Welt.

Die unerschöpfliche „spanische Brandzeit“. Budapest, 2. Juli. Die Welt ist voll davon, ...

Parzelliert es sich um die Entnahmen von Goldbarren, und zwar um 15 Bälle, ...

Bestandteile. Am 2. Juli. Hier sind dreizehn Bestände, darunter ...

Vermischtes.

Parfümerie im Altertum. Nicht auf Erden ist neu, alles ist schon dagewesen, ...

Letzte Nachrichten.

Friedensarbeit der dänischen Sozialisten.

Einladung der Franzosen und Engländer nach Kopenhagen.

Das französische Ministerkabinett Le Boulanger veröffentlicht einen Brief des dänischen Parteivorsitzenden ...

Friedenskundgebungen in Holland.

Amsterdam, 2. Juli. Die Gewerkschaften des niederländischen Anti-Kriegsorgans ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Karlsruhe. Da infolge des Regenwetters eine Störung in der Zufuhr von Kartoffeln ...

Warenbesitz. Von Donnerstag an auf Marke 200 des Warenbesitzes ...

Tag und Nacht. Donnerstag vormittags 8-12 Uhr: Nr. 0001 bis 10500, ...

Gerichtssitzung. Donnerstag vormittags 8-12 Uhr: Nr. 28001 bis 37000, ...

Wagenmarkt. Donnerstag nachmittags 4 Uhr an auf Markt 9 des Einkaufs ...

